



# NRW-Info



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland  
LV NRW e.V.

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

## BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Mai 2010

+++ Inhalt: Widerstand gegen Atomland NRW, Editorial - S. 2 +++ Kampagne für Klimaschutzgesetz, Klimacamp: BUND verklagt Laschet-Behörde - S. 4 +++ Protest gegen Kohlekraftwerk Krefeld, BUND stoppt Düsseldorfer Klimakiller - S. 5 +++ Kampagne für Erneuerbare Energien, BUND-Energiepreis 2009 - S. 7 +++ kurz und bünd, Nachruf Ingo Gödeke, Impressum - S. 8 +++



## BUND-Widerstand gegen Atomlobby **Atomland NRW**

## Atomland NRW: Breiter Widerstand gegen die Atompolitik

Auch wenn die Atomkraftwerke Würgassen und Hamm-Uentrop schon vor mehr als zehn Jahren abgeschaltet wurden - Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor „Atomland“. Mit dem Brennelemente-Zwischenlager Ahaus, der Urananreicherungsanlage Gronau und der von der Firma GNS betriebenen Atommüll-Konditionierungsanlage in Duisburg-Wanheim sind wichtige Betriebe der Atomwirtschaft in NRW beheimatet. Außerdem agieren mit E.ON und RWE die Haupt-Atom-Akteure Deutschlands in NRW. Und der Versuchsreaktor Jülich wird uns als strahlende Altlast wohl noch lange gefährden. Einzig der „Schnelle Brüter“ in Kalkar ging nie in Betrieb und erfreut sich heute einer Nutzung als Freizeitpark.



7.000 Menschen - darunter viele von der BUNDjugend - demonstrierten in Ahaus gegen die Atomkraft.

Foto: U. Wevers

Während CDU und FDP im Land massiv die Verlängerung von AKW-Laufzeiten propagieren und im Rahmen der Neuaufstellung des Energiekapitels zum Landesentwicklungsplan selbst den Bau neuer Forschungsreaktoren ermöglichen wollen, lehnen die übrigen im Landtag vertretenen Parteien die Atomenergie ab.

Nicht zuletzt die Massenproteste im Vorfeld der Landtagswahl haben klar gemacht, dass die Bevölkerung den Sofortausstieg aus der Atomkraft will. Etwa 7.000 Menschen kamen allein nach Ahaus, bundesweit gingen am 24. April 120.000 AtomkraftgegnerInnen auf die Straße.

### Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

Der BUND-Atomexperte Dr. Michael Harengerd forderte auf der Demo in Ahaus von der neuen Landesregierung einen „klaren Beschluss zum sofortigen Atomausstieg und die Schließung aller Atomanlagen in NRW.“ Die von Schwarz-Gelb gewünschten Laufzeitverlängerungen der AKW widersprächen in eklatanter Weise dem im Grundgesetz verankerten Schutzanspruch der Bevölkerung.

„Nach der Verfassung hat jeder das

Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Atomkraft aber ist und bleibt unbeherrschbar“, sagte Harengerd.

### Schließung aller Atomanlagen

Konkret fordern BUND und Anti-Atom-Gruppen die Schließung der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau anstelle der derzeitigen Erweiterung sowie den Stopp aller Atommülltransporte nach Ahaus. Auch der geplante Ausbau der Atommüll-Konditionierungsanlage in Duisburg müsse gestoppt und der Betrieb geschlossen werden. Die geplante hochriskante Verschiebung des AVR-Reaktorbehälters in Jülich ist nach Auffassung der AtomkraftgegnerInnen unverantwortlich. Stattdessen müssten die Anlage und das Betriebsgelände vollständig dekontaminiert werden. Vom Forschungszentrum Jülich dürfe es keine Castor-Transporte nach Ahaus geben. Die Landesregierung müsse auch ein klares Bekenntnis gegen die derzeit praktizierte Aufweichung der Strahlenschutzverordnung zum Zwecke der Billigentsorgung von AKW-Schrott und -Bauschutt in Stahlhütten, auf Deponien und in Müllverbrennungsanlagen abgeben. Längst überfällig sei zudem die Durchführung einer langfristigen Kinderkrebsstudie an allen Atomstandorten.

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit den Stimmzetteln zur Landtagswahl am 9. Mai trafen die Wählerinnen und Wähler auch eine Entscheidung über die energiepolitische Zukunft Nordrhein-Westfalens. Bleibt NRW das Kohleland Nr. 1 und behält es seine wichtige Funktion als Standort der Atomindustrie oder schaffen wir die Energiewende hin zu Energiespartechnologien und Erneuerbaren Energien? Behalten wir die rote Laterne beim Klimaschutz oder leisten wir endlich unseren notwendigen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels?

Der BUND hat sich klar positioniert: Gegen die Atomenergie und neue Kohlekraftwerke und für ein Klimaschutzgesetz. Mit unserem KandidatInnencheck, Kampagnen, Demos und Aktionen haben wir uns im Wahlkampf laut und vernehmlich eingemischt.

Ob es geholfen hat, den aus ökologischer Sicht dringend notwendigen Politikwechsel in NRW herbeizuführen, ist zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe noch nicht absehbar. Klar ist jedoch schon jetzt: Der BUND hat bewiesen, dass er politikfähig ist. Mit den Kampagnen haben wir tausende Mitmenschen auch außerhalb des BUND für unsere Ziele gewinnen können. Selten war der Austausch mit der Politik so intensiv.

Mit der vorliegenden Ausgabe des NRWinfos zum Schwerpunkt ‚Energiepolitik‘ wollen wir Ihnen einen kleinen Ausschnitt der BUND-Aktivitäten vorstellen. Viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Dirk Jansen  
Redaktion NRWinfo

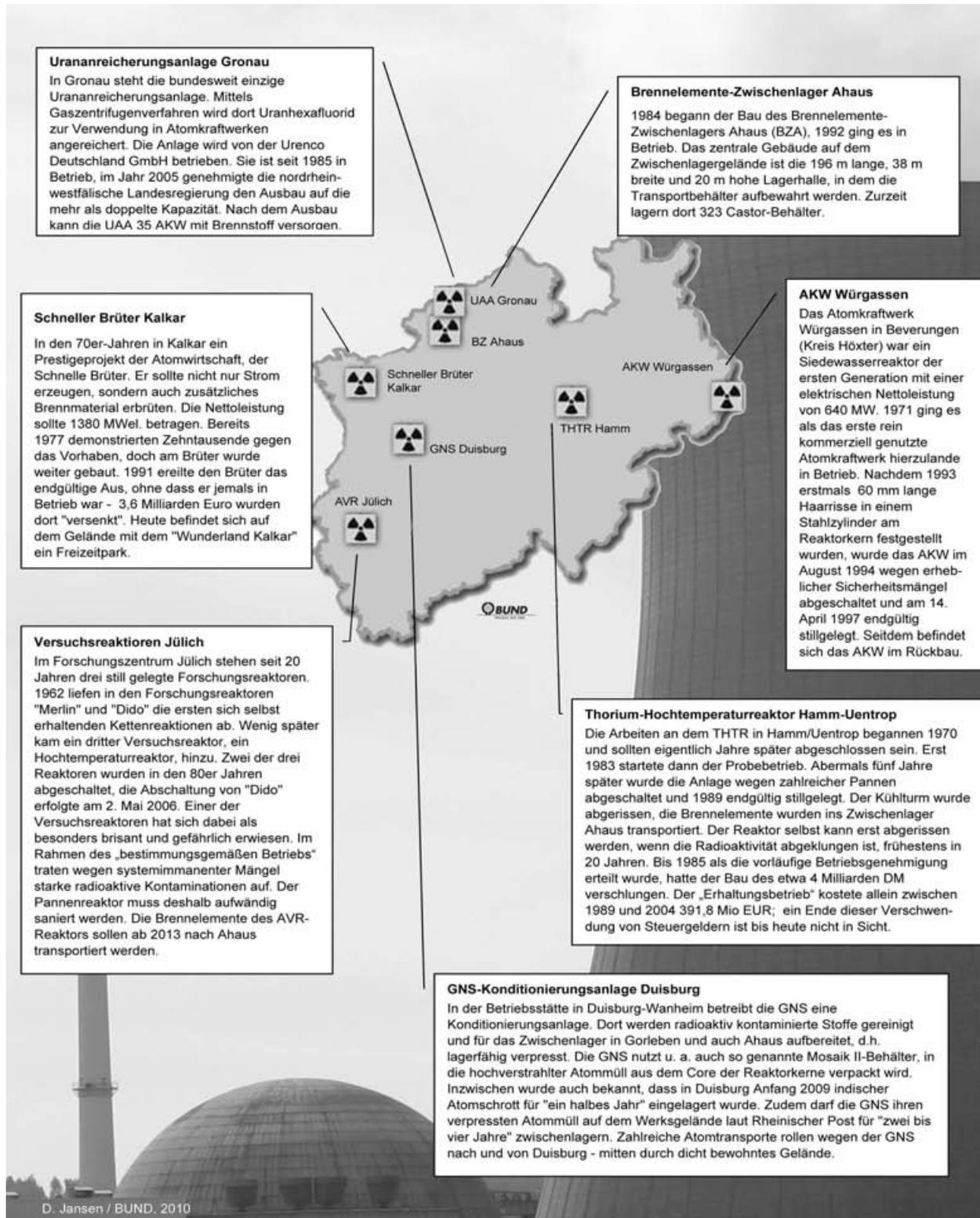


„Die Atomkrafttechnik durchzieht seit Beginn vor mehr als 50 Jahren an ein Geflecht von Bespitzelung Andersdenkender, massiver und unverhältnismäßiger staatlicher Gewalt, Korruption, Lüge, Betrug und Fälschungen“, kritisierte BUND-Mann Harengerd. Wer nur die jüngsten Geschehnisse um Gorleben, Urenco, der Asse, Ahaus und Jülich verfolgt habe, „wird seinen Glauben an den Rechtsstaat allenfalls mit größter Mühe in Ansätzen aufrecht erhalten können.“

Der BUND ist überzeugt: Jeder Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und dazugehöriger Industrien gefährdet nicht nur für Jahrmillionen die Biosphäre, sondern behindert noch zusätzlich die alternativlose Umstellung auf regenerative Energien. Daher muss sofort aus der prinzipiell unbeherrschbaren Atomenergienutzung ausgestiegen werden.

Die Umweltverbände werden immer wieder gefragt, warum sie sich weigern, an der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle teilzunehmen. „Die Antwort ist ganz einfach“, sagte Harengerd. „Erst wenn im Verein mit NRW auch auf Bundesebene der Unfug mit der „Übergangstechnologie“ beendet und ein klarer unmittelbarer Atomausstieg beschlossen ist, würden wir die Regierung bei der ergebnisoffenen Suche nach einem Atommüll-Endlager unterstützen.“ (dj)

**Mehr Infos:**  
[http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/atomenergie/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/)



Mitmachaktion

## Klimaschutzgesetz für NRW

Beim Klimaschutz ist Nordrhein-Westfalen Schlusslicht: 318 Millionen Tonnen Treibhausgase gingen 2006 auf unser Konto. Während deutschlandweit der CO<sub>2</sub>-Ausstoß sinkt, stiegen die Emissionen zwischen 2005 und 2007 sogar um 10 Millionen Tonnen an. Nur aufgrund der Rezession wurde der Negativtrend erst einmal gestoppt.



Der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen Alfred Buß (l.) stellte gemeinsam mit BUND-Landeschef Paul Kröfges (M.) und Oxfam-Geschäftsführer Paul Bendix die Klimaschutzgesetzkampagne in Düsseldorf vor.

Foto: D. Jansen

Kohlekraftwerk in Datteln zu retten. Zugleich sollen mit Hilfe eines neuen Landesentwicklungsplans 36 Großkraftwerksstandorte gesichert werden.

Ein breites Aktionsbündnis aus Kirchen, Entwicklungsorganisationen, Umweltverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert deshalb von der zukünftigen nordrhein-westfälischen Landesregierung einen radikalen Kurswechsel und ein wirksames Klimaschutzgesetz. Mit dessen Hilfe könnten die Treibhausgasemissionen in NRW bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Dafür muss das Energiesystem in Wirtschaft und Verwaltung in diesem Zeitraum beinahe vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden.

„Die alte Landesregierung hat die notwendige ökologische Modernisierung des Energiesystems schlicht verschlafen und stattdessen auf klimaschädliche Lädenhüter wie Kohlekraftwerke gesetzt“, kritisiert der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges. „Das muss sich ändern.“ Die Energiewende dulde keinen Aufschub, ein Klimaschutzgesetz sei überfällig.

Doch statt den Klimawandel zu bekämpfen, unterstützte die alte Landesregierung die klimaschädliche Politik der Energiekonzerne: Im Dezember strich sie die Klimaschutz-Vorgaben ersatzlos aus dem Landesentwicklungsgesetz, um das vom BUND gestoppte E.ON-

Die Verbände-Kampagne für ein solches Gesetz tourt seit Wochen durch Nordrhein-Westfalen. Zigttausende Unterschriften wurden bereits gesammelt. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke unterstützen die Forderungen. Solange die Koalitionsverhandlungen noch laufen, soll die Kampagne fortgesetzt werden. Machen also auch Sie mit! (dj)

**Mitmachen und online-Appell unterzeichnen! Mehr Infos:**

[www.bund-nrw.de/klimaschutzgesetz\\_kampagne/](http://www.bund-nrw.de/klimaschutzgesetz_kampagne/)

BUNDjugend-Klimacamp

## BUND verklagt Behörde

In einem Akt von Notwehr hat der BUND Ende April Klage gegen den Landschaftsverband Rheinland als zuständige Stelle des Familienministeriums eingereicht. Hintergrund ist der von Familienminister Laschet (CDU) veranlasste Widerruf der finanziellen Förderung des Klimacamps 2010 der BUNDjugend am Rande des Tagebaus Garzweiler. Mit der Klage wehrt sich der BUND gegen die unsinnige Unterstellung Laschets, das Klimacamp 2010 sei eine Kampagne von Bündnis 90 /Die Grünen und der Verband missbrauche Mittel für Jugendarbeit zur Parteipolitik.

Das Generationen- und Familienministerium hatte das Klimacamp 2010 der BUNDjugend im Rahmen des „Pakts mit der Jugend“ als Partizipationsprojekt gemäß des Kinder- und Jugendförderplans mit einem Betrag von knapp 14.000 Euro unterstützt. Zur Deckung der Eigenanteile des BUND gab es zudem eine 2.000 Euro-Spende des von Bündnis 90/Die Grünen getragenen Ökofonds NRW. Dieser wurde neben dem Ministerium als Zuwendungsgeber im Einladungsflyer zum Klimacamp durch Verwendung der Sponsorenlogos dargestellt. Nach öffentlicher Berichterstattung führte dies zu erheblichem politischen Druck seitens der FDP und CDU. Minister Laschet veranlasste den Landschaftsverband Rheinland als Bewilligungsbehörde, den Förderbescheid zu widerrufen.

Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender: „Der Vorwurf Laschet's, der BUND würde gegen die parteipolitische Neutralitätspflicht verstoßen und hätte sich öffentliche Fördergelder erschlichen, ist absurd.“ Offenbar wolle Minister Laschet die kritische Befassung Jugendlicher mit der Klimaschutzpolitik des Landes verhindern. „So wird Politikmüdigkeit erzeugt. Wenn Partizipation ernst gemeint ist, darf dies eine kritische



Auseinandersetzung Jugendlicher mit dem Klimaschutz und der Politik des Landes nicht ausschließen. Wir werden daher dafür sorgen, dass das Klimacamp stattfindet und Jugendliche auf diese Weise die Möglichkeit haben, sich eine politisch unabhängige Meinung zur Klimapolitik des Landes zu bilden“, sagte Kröfges.

In der Klagebegründung weist der BUND nach, dass der Widerruf der Förderung zu Unrecht erfolgte. Sachliche Gründe für das nachträgliche Streichen der finanziellen Förderung seien nicht ersichtlich. (dj)



Das vom 21. bis 29. August 2010 in Erkelenz-Borschemich geplante Klimacamp der BUNDjugend am Rande des Tagebaus Garzweiler möchte Jugendliche umfassend über den Klimawandel informieren. Dort, wo Klimawandel gemacht wird, soll gezeigt und erprobt werden, wie Lösungen aussehen und eine nachhaltige Lebensweise geübt werden können. Durch das Camp wird der Protest gegen die aktuelle Klimapolitik deutlich. Das von Jugendlichen des Verbands organisierte Camp bietet Raum, die Meinungen der Jugendlichen zu diesem

Thema zu verdeutlichen.

Die Homepage [www.klimacamp2010.de](http://www.klimacamp2010.de) liefert alle Informationen zu diesem klimapolitischen Highlight.

Jetzt einmischen!

## Kraftwerk Krefeld

Während in Düsseldorf die Zeichen auf „Energiewende“ stehen (s.u.), forciert der Betreiber Trianel in Krefeld das Genehmigungsverfahren für den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks. Vom 14. Mai bis 28. Juni haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Einwände gegen das ebenso überflüssige wie umwelt- und gesundheitsschädliche Kraftwerk vorzubringen. Gemeinsam mit der BI Saubere Luft aus Duisburg und dem Niederrheinischen Umweltschutzverein (NUV) in Krefeld hat der BUND eine große Gegenkampagne gestartet.

Dieses mit Importkohle befeuerte Kraftwerk würde 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ausstoßen. Dazu kämen mehr als 300 Tonnen Feinstaub und knapp 500 Kilogramm Quecksilber - und das in einer stark vorbelasteten Region. Kein Wunder, dass der Widerstand massiv ist.

Hilfestellung bei Einwänden, Musterprotestbriefe, einen Einwendungsgenerator und vieles mehr finden sie unter <http://nicht-verkohlen.de>. (dj)

**Mehr Infos:** [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen\\_nrw/krefeld/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/krefeld/)

Erfolg in Düsseldorf

## BUND stoppt Kraftwerk

Die Liste der durch erfolgreichen Widerstand verhinderten Kohlekraftwerke wird immer länger. Ende April beschloss der Aufsichtsrat der Stadtwerke Düsseldorf AG das Aus für das geplante 400-Megawatt-Kohlekraftwerk in der Landeshauptstadt. Wie lange vom BUND gefordert, sollen jetzt der Genehmigungsantrag zurückgezogen und stattdessen Planungen für ein wesentlich weniger umweltschädliches Gaskraftwerk mit Kraft-Wärme-Koppelung vorangetrieben werden. Dazu wollen die Stadtwerke einen dreistelligen Millionenbetrag in Erneuerbare Energien investieren.

Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND NRW und Sprecher des Düsseldorfer Aktionsbündnis Sauberer Strom am Rhein – ASTR(H)EIN: „Wir begrüßen die Entscheidung der Stadtwerke Düsseldorf und sehen uns in unserem Widerstand bestätigt: Kohlekraftwerke haben keine Zukunft. Mit dem Aus für den Kohleblock ist eine wichtige Hürde auf dem Weg zu einer CO<sub>2</sub>-neutralen Landeshauptstadt aus dem Weg geräumt worden.“

Seit 2007 hatten BUND und ASTR(H)EIN gegen den geplanten Kohleblock im Düsseldorfer Hafen und für eine zukunftsfähige Energieversorgung mobil gemacht. Im Februar 2009 fasste der Stadtrat daraufhin einen einstimmigen Beschluss gegen das Kohlekraftwerk. Auch das vom BUND entwickelte Konzept für ein klimaneutrales Düsseldorf findet inzwischen die breite Unterstützung der Stadt. Durch den Verzicht auf das Kraftwerk wird ein jährlicher Ausstoß von 2,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> vermieden. (dj)

**Mehr Infos:** [www.duesseldorf-astrhein.de](http://www.duesseldorf-astrhein.de)

BUND-Erfolg in Düsseldorf: Das geplante Kohlekraftwerk kommt nicht.

Foto: D. Jansen



## Kampagne für Erneuerbare

Trotz der klaren Vorteile, die eine Versorgung aus regenerativen Quellen bietet, hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Erneuerbaren Energien in der letzten Legislaturperiode nicht annähernd den Stellenwert beigemessen, der ihnen aufgrund ihrer Bedeutung für eine nachhaltige, klimafreundliche und dezentrale Energieversorgung zusteht. Das Ausnutzen der vorhandenen Potentiale wurde an vielen Stellen sogar massiv behindert. Stattdessen zeigten sich die Vertreter von CDU und FDP immer wieder als bedingungslose Unterstützer des CO<sub>2</sub>-intensiven Energieträgers Kohle und traten intensiv für den Bau neuer Großkraftwerke in Nordrhein-Westfalen ein.



Gemeinsam mit Vertretern der Erneuerbare Energien-Branche stellte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen (M.) die Kampagne in Düsseldorf vor. Foto: J. Döbertin

Dabei sind Erneuerbare Energien die Energieträger von morgen. Sie mindern die Abhängigkeit von Brennstoffimporten, stärken Deutschlands Innovationskraft und schaffen beständig neue Arbeitsplätze. Vor allem bietet ihr Ausbau die einzige Möglichkeit, dem

Klimawandel Einhalt zu gebieten und die Klimaschutzziele zu erreichen.

Deshalb hat der BUND gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien und anderen ein Aktionsbündnis zur Förderung Erneuerbarer Energien in Nordrhein-Westfalen geschmiedet. Mit einer im Vorfeld der Landtagswahlen gestarteten Kampagne wirbt das Aktionsbündnis für einen naturverträglichen Ausbau regenerativer Energieträger in NRW und die Schaffung dafür geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen. Das Bündnis will den Erneuerbaren Energien in NRW den Stellenwert zukommen lassen, den sie verdienen, um auch im bevölkerungsreichsten Bundesland auf absehbare Zeit eine hundertprozentig regenerative Energieversorgung zu ermöglichen. (dj)



Mehr Infos: [www.nrw-ist-erneuerbar.de/](http://www.nrw-ist-erneuerbar.de/)

## Aktiv für das Klima

Was tun der Kreis Paderborn und seine zehn Kommunen für den Klimaschutz? Wieviel Energie verbrauchen die öffentlichen Gebäude? Wie effizient sind Heizungen und Wärmedämmung? Bezieht die Gemeinde Ökostrom? Diese und viele weitere Fragen stellte die im Herbst 2009 nach mehreren Jahren ‚Abstinenz‘ reaktivierte BUND-Kreisgruppe Paderborn gemeinsam mit anderen dem Landrat und den Bürgermeistern im Kreis.

Nun liegt die Auswertung vor. Das Fazit der Recherche: Es gibt zwar überall irgendwelche Aktivitäten zur Energieeinsparung, aber die Maßnahmen wirken insgesamt oft unkoordiniert, unsystematisch und erfolgen je nach Kassenlage. Denkwürdig ist, dass es angesichts der herausragenden Rolle des Klimaschutzes und der Vorbildfunktion von Kommunen häufig schon im organisatorischen Bereich hapert. So fehlen Übersichten über Energieverbräuche, bestehen Defizite im Gebäudemanagement und mangelt es am gesetzeskonformen Aushang von Energieausweisen. Noch größer ist der Handlungsbedarf beim Strombezug, der kreisweit bisher fast ausschließlich auf Kohle- und Atomstrom setzt. Der BUND fordert daher Kreis und Kommunen dazu auf, bei künftigen Ausschreibungen klare ökologische Kriterien anzulegen und Ökostrom zu beziehen. Andere Kommunen und öffentliche Einrichtungen machen dieses bereits vor! Den umfassenden Fragenkatalog sowie die Auswertung der Antworten stellt der BUND bei Interesse gern zur Verfügung.

Der BUND möchte seine Aktivitäten im Kreis Paderborn gern ausweiten. Ob aus Delbrück, Büren, Altenbeken, Bad Lippspringe, Hövelhof, Wünnenberg oder anderswo im Kreisgebiet: Alle am Umwelt- und Naturschutz Interessierten sind herzlich eingeladen, mitzumachen! Eine gute Gelegenheit zum Kennenlernen sind die monatlichen Treffen im Paderborner Weltladen in der Ferdinandstraße 17. Ansprechpartner ist Herbert Gruber, Tel. 05252 / 936377 (rb)

### Beispielhaftes Projekt

## Windenergie im Doppel

Wie verbindet man innovative Formen des Wirtschaftens mit internationaler Zusammenarbeit? Ein besonders gutes Beispiel dafür ist das internationale Windkraftprojekt Deutschland-Weißrussland von fairPla.net und Heim-statt Tschernobyl, an dem der BUND Nordrhein-Westfalen finanziell beteiligt ist.

Die 660 kW-Windkraftanlage im ostwestfälischen Geseke hat neun Jahre nach ihrer Errichtung rund 7,5

Millionen Kilowattstunden Strom produziert. Insgesamt konnte im Jahre 2009 in dem aus 15 Einzelanlagen bestehenden Geseker Windpark die Schallmauer von 100 Millionen erzeugten Kilowattstunden Strom durchbrochen werden.

Die parallel im weißrussischen Drushnaja errichtete 600 kW-Anlage hat in ihren neun Betriebsjahren ausgesprochen gute Werte erzielt. Das Windrad war von Heim-statt Tschernobyl mit finanzieller Unterstützung von fairPla.net als deutliches Zeichen gegen Tschernobyl errichtet worden. Nahe bei dem Dorf Drushnaja, das von Heim-statt Tschernobyl für Flüchtlinge aus der verseuchten Region von Tschernobyl initiiert wurde, läuft diese Anlage zusammen mit einem 250 kW Windrad. Im Jahresdurchschnitt produzieren die beiden Windräder knapp 1,3 Millionen Kilowattstunden - soviel Strom wie 600 bis 700 belarussische Haushalte verbrauchen.

Der erzeugte Strom wird zum Verkauf in das öffentliche Netz eingespeist. Mit dem zweckgebundenen Erlös werden weitere Projekte für strahlengeschädigte Familien gefördert. So konnte eine Schilfmattenproduktion zur Herstellung ökologischer Dämmstoffe finanziert werden, ebenso wie der Bau weiterer Häuser.

Ein besonderes Highlight war die Errichtung eines Ambulanzentrums in Niedrigenergiebauweise: eine Konstruktion in Holztafelbauweise mit besonderer Schilfplattenisolierung, Sonnenkollektoren, Fotovoltaik und Holzhackschnittel-Heizung, die die Strom- und Wärmeversorgung auch für Nachbargebäude wie Schule, Kindergarten und Dorfsojvet mit abdeckt.



Am 21.05.2001 wurden gleichzeitig zwei Windkraftanlagen in zwei Ländern eingeweiht - in Geseke und - hier im Foto - im 1.300 km entfernten Drushnaja (Weißrussland).

Foto: E. Boes-Wenner

**Mehr Infos:** [www.fairpla.net](http://www.fairpla.net)

Auch nach neun Jahren ist das Windkraftprojekt in Belarus immer noch das einzige im Land. Aber inzwischen interessiert sich die Regierung zunehmend für die Nutzung der Windenergie. Vielleicht ein kleines Hoffnungszeichen, dass 24 Jahre nach Tschernobyl eine Öffnung zu den Erneuerbaren Energien gelingt.

Edgar Boes-Wenner



D. Jansen

Willy Baitinger (r.), Sprecher des Landesarbeitskreises Energie, übergab die Urkunden und Schecks an die Träger des BUND-Energiepreises aus Düsseldorf und Troisdorf.

**Mehr Infos:** [www.solarverein-troisdorf.de/](http://www.solarverein-troisdorf.de/), [www.buefem.de/duessel-solar/](http://www.buefem.de/duessel-solar/)

### Beispielhafte Solarinitiativen

## BUND-Energiepreis 2009

Der BUND-Energiepreis hat seine ersten Träger. Den mit insgesamt 1.000,- Euro dotierten Preis teilen sich der SolarVerein Troisdorf und Düssel-Solar aus Düsseldorf. Der BUND würdigte damit das beispielhafte Engagement der beiden Vereine. „Dezentrale Stromversorgung von unten, nicht gesteuert von ein paar großen Monopolisten, das ist der richtige Weg in die Zukunft“, sagte Willy Baitinger, Sprecher des Landesarbeitskreises Energie, anlässlich der Preisverleihung im Rahmen der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung. Düssel-Solar hat inzwischen schon die vierte Bürgersolaranlage realisiert und damit etwa 130 kW-Solarleistung „auf die Dächer gebracht“. Seit 2008 hat auch der SolarVerein Troisdorf bereits drei Bürgersolaranlagen realisiert.

Klimaschutzpreise gibt es einige, aber nicht immer werden sie uneigennützig vergeben. So betreibt z.B. RWE landauf landab „Greenwashing“, indem Preisgelder für lokale Natur- und Klimaschutzprojekte vergeben werden. Der BUND lehnt die Annahme solcher Gelder ab, und hat bereits 2006 einen entsprechenden Beschluss auf der Landesdelegiertenversammlung gefasst.

Um RWE und Co. etwas entgegen zu setzen, hat der BUND-Landesarbeitskreis Energie den „BUND-Energiepreis“ kreiert. Er belohnt Projekte, die einen vorbildlichen Beitrag zu einem umweltfreundlichen Umgang mit Energie leisten. (dj)



Neu gewählt: Der neue BUND-Landesvorstand amtiert für drei Jahre.

Foto: D. Jansen

### +++ kurz und bund +++

► **Landesdelegiertenversammlung wählt neuen Vorstand:** Der neue Vorstand ist weitgehend der alte. Die Landesdelegiertenversammlung des BUND wählte am 18. April 2010 in Düsseldorf erneut Paul Kröfges (Windeck) zu seinem Vorsitzenden. Holger Sticht (Köln) und Bernd Meier-Lammering (Herford) bilden das Stellvertreter-Duo, Klaus Brunsmeier bleibt Schatzmeister. Zu Beisitzern wurden Doris Baum, Notburga Henke, Horst Meister, Friedrich Ostendorff und Dieter Schmalz gewählt.

► **BUND-RSK ist Kreisgruppe des Jahres:** Die Kreisgruppe Rhein-Sieg ist „BUND-Kreisgruppe des Jahres 2009“. Mit 52 auf traditionellem Weg neu geworbenen Mitgliedern belegte die Gruppe um Achim Baumgartner wieder einmal den Spitzenplatz. Auf den weiteren Plätzen folgen Köln, Lippe, Düsseldorf, Müns-

ter, Bonn, Recklinghausen und der Rhein-Erft Kreis. Insgesamt unterstützten Ende 2009 19.510 Mitglieder die BUND-Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

► **Bundesverdienstkreuz für Thomas Quittek:** Für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im Natur- und Umweltschutz erhielt Thomas Quittek aus den Händen von Bürgermeister Manfred Sauer das Bundesverdienstkreuz am Bande, das von Bundespräsident Horst Köhler für besondere Verdienste im Ehrenamt verliehen wird. Thomas Quittek gehörte zu den Gründern der BUND-Kreisgruppe Dortmund im Jahr 1981, die von damals 20 Mitgliedern auf heute über 700 gewachsen ist.

Als Vorsitzender des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Dortmund von 1995 bis 2009 wirkte er maßgeblich an Stellungnahmen zum Flächennutzungsplan und den Landschaftsplänen mit. Umweltdezernent Wilhelm Steitz hob die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Thomas Quittek trotz bisweilen notwendigerweise unterschiedlicher Auffassungen hervor.



## Nachruf

### Ingo Gödeke ist tot

Wir trauern um Ingo Gödeke. Am 21. März hat ihn ein Krebsleiden mitten aus einem aktiven Leben gerissen. Ingo ist 52 Jahre alt geworden.

Als stellvertretender Sprecher des Bundesarbeitskreis Abfall hat Ingo im Verband maßgeblich dazu beigetragen, die abfallpolitischen Weichen (neu) zu stellen: Als einer der Autoren der 2008 erschienenen Abfallposition brachte er sein großes Fachwissen mit ein, sein naturwissenschaftlich begründeter Widerstand gegen die großflächig praktizierte Müllverbrennung trägt seine Handschrift.

Unermüdlich und praktisch rund um die Uhr stand er BUND-Gruppen und Bürgerinitiativen mit Rat und Tat zur Seite - gleich, ob es um den Bau von als Biomassekraftwerke getarnten Altholzverbrennungsanlagen oder von angeblich CO<sub>2</sub>-sparenden Ersatzbrennstoff-MVAs ging, ob mal wieder eine als Bauschuttdeponie getarnte Sondermülldeponie errichtet oder ein Zement- oder Kohlekraftwerk als Abfallbeseitigungsanlage umfunktioniert werden sollten. Mehrtägige Erörterungstermine bestritt er manchmal faktisch als „Alleinunterhalter“. Von Brunsbüttel bis ins tiefe Bayern zog sich die Kette seiner Wirkstätten der letzten Jahre.

Seine Arbeit beschränkte sich nicht nur auf die Genehmigungsverfahren zu Abfallbeseitigungsanlagen. Bedingt durch den Bauboom bei Kohlekraftwerken begleitete Ingo zahlreiche solcher immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Die BUND-Klagen gegen die Mega-Kohlekraftwerke in Datteln, Lünen und Herne tragen erheblich Ingos Handschrift.

Der BUND hat mit Ingo einen Menschen mit enormem Wissen und weit reichenden Erkenntnissen in allen Bereichen des technischen Umweltschutzes verloren. Wir danken Ingo für seinen selbstlosen Einsatz, der am Schluss weit über seine körperlichen Kräfte ging.

*Claudia Baitinger*, stellvertr. Sprecherin des BAK Abfall, Sprecherin des LAK Techn. Umweltschutz des BUND NRW

